

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Katharina Dröge, Oliver Krischer, Anja Hajduk,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 19/22502 –**

Für eine wohlstandsorientierte Betrachtung der wirtschaftlichen Erholung

A. Problem

Aufforderung an die Bundesregierung, die Wohlstandsentwicklung in Deutschland nicht mehr lediglich durch das Bruttoinlandprodukt zu erfassen, sondern neben ökonomischen Entwicklungen dabei ebenfalls ökologische, soziale und gesellschaftliche Tendenzen mithilfe eines geeigneten Indikatorensets zu messen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Wurden nicht erörtert.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/22502 abzulehnen.

Berlin, den 24. Februar 2021

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Klaus Ernst
Vorsitzender

Andreas G. Lämmel
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Andreas G. Lämmel

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 19/22502** wurde in der 176. Sitzung des Deutschen Bundestages am 17. September 2020 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellt fest, die Folgen der Corona-Krise dürften nicht allein mit Maßnahmen bekämpft werden, die an die wirtschaftlichen Wirkungen adressiert seien, sondern diese müssten zugleich unabdingbar an die Ziele des Pariser Klimaabkommens sowie die Ziele der Vereinten Nationen für eine Nachhaltige Entwicklung geknüpft sein. Um die Wohlstandsentwicklung adäquat zu erfassen, sei eine erweiterte Wirtschaftsberichterstattung im Kontext eines Jahreswohlstandsberichts notwendig, mit dem der Trend für ein alternatives Verständnis von Wirtschaftswachstum aufgegriffen werde.

Aus den genannten Gründen wird die Bundesregierung aufgefordert, gesetzliche Bedingungen zu schaffen, die

1. ermöglichen, dass zeitgleich mit dem Jahreswirtschaftsbericht und erstmals ab dem Jahr 2021 ein Jahreswohlstandsbericht vorgelegt wird,
2. im Rahmen des Jahreswohlstandsberichts eine Beschreibung der Entwicklung der ökologischen, sozialen, ökonomischen und gesellschaftlichen Dimensionen des Wohlstands, die mit aussagekräftigen Indikatoren erfasst werden, verwirklichen,
3. vor dem Hintergrund der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie eine belastbare, aktuelle Datenbasis für die Wohlstandsindikatoren generieren sowie die personellen und finanziellen Ressourcen beim Statistischen Bundesamt schaffen.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 19/22502 in seiner 97. Sitzung am 24. Februar 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Antrag auf Drucksache 19/22502 in seiner 107. Sitzung am 24. Februar 2021 abschließend beraten.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/22502 zu empfehlen.

Berlin, den 24. Februar 2021

Andreas G. Lämmel
Berichtersteller

